

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen.

Postfachkonto: Dresden 1558  
Wilhelmsplatz Rieser Nr. 22

Nr. 281.

Dienstag, 2. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Stellen, 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Vermögenshaftigkeit zuzüglich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Austraggeber in Konturs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## angebliche Herriot-Memorandum.

Berlin, 2. Dezember.

Der Berliner politische Kreis beschäftigt sich sehr lebhaft mit einem angeblichen Memorandum des französischen Ministerpräsidenten Herriot, das den Plan zu einer Rekonstruktion der deutschen Reichswehrorganisation enthält und das angeblich auf Grund von Besprechungen zwischen dem französischen Linksbund und Führern der deutschen demokratischen Strömungen zu stützen, um auf der Basis gemeinsamer Arbeit den Frieden Europas zu sichern. Die demokratischen Blätter bezeichnen das Dokument als gefälscht und behaupten, daß die deutschnationalen damit eine „Wahlbombe“ zur Explosion bringen wollten, um ebenso wie in England mit dem Einmischungsbrief einen entscheidenden Schlag führen zu können. Es scheint jedoch, daß diese Vermutung nicht ganz zutrifft. Das Dokument ist nämlich in seiner Weise dazu geeignet, überhaupt irgendwo ernst genommen zu werden und wird selbst von den deutschnationalen Blättern nicht als authentisch angesehen. Die Reorganisation der Reichswehr ist eine ausschließlich deutsche Angelegenheit und kann daher auch keineswegs von französischer Seite zum Anlaß einer diplomatischen Aktion genommen werden. Das angebliche Herriot-Memorandum enthält den Vorschlag, daß General von Seeck dadurch ausgeschaltet werden soll, daß der Reichswehrminister selbst die militärische Oberleitung der Reichswehr ausübt. Schon dieser vollständig unsinnige Vorschlag beweist, daß das Dokument von ganz uneingeweihten Kreisen fabriziert worden ist. Da das zur Verbreitung gelangte Exemplar in russischer Sprache abgefaßt ist, wird in den Berliner politischen Kreisen die Vermutung ausgesprochen, daß es von bolschewistischer Seite irgendwelchen Persönlichkeiten in Deutschland in die Hände gespielt worden ist, um damit den deutschen Reichsparteien ein Schwuppchen zu schlagen, denn die Absaffung ist so gehalten, daß die Demokraten dadurch gar nicht einmal belastet werden. Wenn J. V. behauptet wird, daß es der Zweck der ganzen Aktion sei, die demokratischen Richtungen in Deutschland zu stärken, so wird absolut nichts Neues behauptet, denn die französischen Linkspolitiker haben schon immer in ihren öffentlichen Erklärungen den Wunsch ausgedrückt, daß die Demokratie in Deutschland gestärkt werden müsse, damit die Wiederverkehr Poincarés in Frankreich verhindert werden könne.

In den deutschnationalen Kreisen glaubt man sogar an die Möglichkeit, daß die Veröffentlichung gerade von demokratenfreundlicher Seite veranlaßt wurde, um damit die Wahlpropaganda der Demokraten zu fördern. Wie dem auch sein mag, es sind bestimmte Beweise dafür vorhanden, daß es sich um eine grobe Fälschung handelt. In den Kreisen der Reichsregierung weist man darauf hin, daß das ganze Dokument nicht geglättet könne, weil es sich die konservative Regierung in England sicherlich ernstlich merken haben würde, an einer Aktion mitzuwirken, die zur Stärkung irgendeiner Partei in Deutschland bestimmt sei. England und Italien, die doch zu den alliierten Mächten gehören, an die das „Memorandum“ angeblich gerichtet sein soll, wären doch keineswegs durch derartige Argumente zur Unterstützung einer Aktion der französischen Regierung zu gewinnen gewesen. Im übrigen könne man ja auch abwarten, ob hinsichtlich der Reichswehr derartige Forderungen gestellt würden, die dem Verfall der Vertrag widersprechen, und deren Unmöglichkeit ohne weiteres jedem militärischen Sachverständigen auffallen würde. Auch im Reichswehrministerium hält man daher das Dokument für eine Fälschung, denn die darin enthaltene „Umgruppierung“ würde absolut gar keinen Zweck haben können, weil sie an der Organisation der Reichswehr grundsätzlich nichts ändern würde.

## Kommunistische Angriffe auf Meval.

(Moskau.) Die Estnische Telegrammen-Agentur meldet: Gestern vormittag haben die Kommunisten versucht, sich der Mevalerungsaktion zu bemächtigen. Zu diesem Zweck hatten sie Bänder von 5 bis 10 Mann organisiert, die sich mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, zu gleicher Zeit der Bahnhöfe, der Regierungsgebäude, des Landtagsgebäudes, der Posten, der Polizei und der Telefonzentrale bemächtigten. Im Verlauf des Ausschusses wurde eine Reihe Personen getötet. Die Truppen unterdrückten den Aufstand und stellten die Ordnung in zwei Stunden wieder her. Die Zahl der Opfer übersteigt wahrscheinlich 50, unter den Toten befindet sich auch der Verkehrsminister Raal. In ganz Estland ist der Kriegszustand proklamiert worden; General Laidoner ist zum Oberkommandierenden mit außerordentlichen Vollmachten ernannt worden. Die Regierungsgebäude nehmen ihren normalen Fortgang, die Stadt ist wieder ruhig.

Zu dem kommunistischen Ausschuss verläutet weiter, daß die Ordnung völlig wieder hergestellt ist. In den Provinzstädten ist alles ruhig geblieben. Die Verluste auf Seiten der Truppen und der Polizei belaufen sich auf 18 Tote. Die Verluste der Kommunisten sind weit größer, vorläufig aber noch nicht zahlenmäßig festzustellen. Etwa 60 Kommunisten sind verhaftet und einem Standgericht übergeben worden.

## Die Völkerverbandsfrage vertagt.

Berlin, 2. Dezember. Großes Aufsehen erregt in Berlin eine Aeußerung der Genfer Völkerverbandsfrage, wonach man der Teilnahme Deutschlands am Völkerverband gegenwärtig nicht die große Bedeutung beilege, wie das noch vor zwei Monaten der Fall war. Die Frage der Zulassung Deutschlands sei jetzt vorläufig aus den Erörterungen ausgeschaltet und könne erst dann wieder aufgeworfen werden, wenn sich die Mitwirkung Deutschlands an der Abrüstungsfrage als notwendig erweisen sollte.

In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes hält man zunächst diese Aeußerung als ein Mittel zum Zweck, um Deutschland zur Stellung eines Antrags auf Aufnahme in den Völkerverband zu veranlassen. Man will damit offenbar in Deutschland den Eindruck hervorrufen, als ob man auf die Mitarbeit Deutschlands keinen großen Wert mehr lege. Diese Stimmen können zur Zeit kaum ernst genommen werden, da sie lediglich als ein Druckmittel gegenüber Deutschland anzusehen sind.

## Die Internationale Luftverkehrs-Konferenz.

(Kopenhagen.) In den Beratungen der Internationalen Luftverkehrs-Konferenz, die ein für alle Teile beschließendes Ergebnis erhoffen lassen, nehmen von deutscher Seite teil: Ministerialrat Brandenburg und Plenarpräsident Fisch vom Reichsverkehrsministerium, Abt. Luftfahrwesen, Oberpostamt Gut vom Reichspostministerium sowie die Direktoren des Deutschen Aero-Clubs und der Finlands-Luftverkehrsgesellschaft. Die gestrigen Besprechungen galten hauptsächlich der Festlegung der Luftverbindungen zwischen den skandinavischen und den mitteleuropäischen Ländern. Vorgelesen sind für 1925 folgende Linien: 1) Deutsche Aero-Club und Dänische Gesellschaft täglich zwei Flüge zwischen Kopenhagen und Hamburg auf der einen Seite und Kopenhagen und Berlin auf der anderen Seite, 2) Deutscher Aero-Club und Holländische Gesellschaft Hamburg-Bremen-Amsterdam-London, 3) Holländische Gesellschaft Rotterdam-Amsterdam-Hamburg-Kopenhagen, 4) Die Dänische Gesellschaft beabsichtigt mit Aero-Club und Finlands-Luftverkehr die Einrichtung folgender Linien: Malmö-Hamburg-Amsterdam-London, Kristiania-Göteborg, Malmö-Varanasi mit Aufschlüssen nach Hamburg und Berlin, sowie gemeinsam mit der Finnischen Gesellschaft Stockholm-Bellingfors.

## Besserung der Lage in Ägypten.

(London.) (Funkpruch.) In einem Leitartikel stellt die Times die Besserung der Lage in Ägypten fest. Es würde jedoch verfrüht sein, wenn man annehmen wollte, daß bereits alles völlig in Ordnung sei. Die Deklaration vom Jahre 1922 müsse aufrechterhalten werden, die Zeit sei jedoch gekommen, wo vor der gesamten Welt voller Nachdruck auf diejenigen Bedingungen der Deklaration gelegt werden müßte, die England besondere Rechte und Vorteile einräumen. Mit diesem klaren Vorbehalt müßte die Verantwortung für die Regierung Ägyptens in den Händen der Ägypter bleiben. Unter Bezugnahme auf die Schwierigkeiten der Franzosen in Tunis und Marokko schließt die Times, die Aufgabe der Führung der erwachenden Völker Nordafrikas erfordere ein engeres Zusammenarbeiten unter den hauptsächlich dafür verantwortlichen Westmächten.

(London.) Wie aus Kairo gemeldet wird, ist Befehl ergangen, das Sollamt von Alexandria, das nach der Weigerung Ismail Wasfons, die britischen Forderungen anzunehmen, befehligt worden war, zu räumen.

(London.) Die Reuter aus Kairo meldet, haben die Gerichtsbehörden die Verhaftung von verschiedenen Angehörigen am 28. November geprüft, sind zu der Entscheidung gekommen, daß der Standpunkt der Regierung dem Befehl entspricht, und haben angeordnet, die Verhafteten weiter in Gewahrsam zu behalten.

(Kairo.) Die Polizei hat besondere Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze des Premierministers getroffen. 20 Polizeibeamte haben den Auftrag erhalten, die vom Premierminister benutzten Straßen zu bewachen.

## Private Fühlungnahme der deutschen Schwerkmetalle in Paris.

Berlin, 2. Dezember. Französische Blätter brachten in den letzten Tagen Meldungen über Besprechungen der deutschen Schwerkmetalle-Sachverständigen in Paris mit französischen und englischen Wirtschaftsexperten, worin die Bildung eines internationalen Kartells zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und England als nahe bevorstehend bezeichnet wurde. Wahgebende Kreise der deutschen Schwerkmetalle erklären dazu, daß bestimmte Mitteilungen über angebliche Besprechungen zur Zeit nicht vorliegen, daß es aber nicht ausgeschlossen sei, daß die deutschen Industriellen privat und unverbindlich die Fühlungnahme mit französischen Wirtschaftskreisen aufgenommen haben. Blätter über eine internationale Kartellbildung seien in der letzten Zeit öfter erörtert worden, jedoch könne keine Rede davon sein, daß die Dinge bereits so weit gediehen sind, daß die Bildung eines Kartells in absehbarer Zeit abgeschlossen werden könnte.

## Die Bühne des Attentats gegen Dr. Seipel.

(Wien.) Gestern begann unter dem Vorsitz des Präsidenten des Landgerichts Dr. Altmann der Prozeß gegen den 29 Jahre alten Spinnerarbeiter aus Pottenstein Karl Jawurek, der angeklagt ist, am 1. Juni 1924 einen den Bundeskanzler Dr. Seipel zwei Revolverkugeln abgefeuert zu haben. Zur Verhandlung sind 7 Zeugen geladen, darunter der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel. Die Anklage schildert zunächst die Vorgänge auf dem Wiener Südbahnhof, wo Dr. Seipel mit dem sogenannten Balkon-Expreszug eingetroffen war. Als der Bundeskanzler ungefähr in die Mitte der Halle gekommen war, eilte plötzlich ein Mann — dies war Jawurek — auf ihn zu und gab aus einer Entfernung von etwa drei Schritt reich hintereinander zwei Revolverkugeln auf den Kanzler ab, von denen der eine in die rechte Brustseite eindrang und in der rechten Lunge stecken blieb, während der andere ein Streifschuß war. Darauf versuchte Jawurek Selbstmord zu verüben, der aber nicht zur Ausführung kam. Sofort nach Verübung der Tat gab Jawurek zu, die Schüsse gegen den Kanzler in der Absicht, ihn zu töten, abgefeuert zu haben. Diese Angaben hielt er auch bei seinen wiederholten Vernehmungen aufrecht.

Gestern mittag wurde der bisherige Bundeskanzler Dr. Seipel als Hauptzeuge vernommen, sein Verhör dauerte nur vier Minuten. Bei der Schilderung des Geschehens des Attentats erklärte Dr. Seipel: Als ich den Zug entlang ging, spürte ich plötzlich zwei Schläge gegen die Brust, einen rechts und einen links, ohne mir Rechenschaft geben zu können, was passiert war. Ich hatte zunächst den Eindruck, als wenn eine Explosion an der Lokomotive erfolgt sei; dann erst sah ich, daß eine Menschenmenge einen Mann umringte und auf ihn einschlug, und bemerkte plötzlich, daß ich verwundet war. Ich hoffte noch schnell bis zum Wagen heruntergehen zu können, bin aber alsbald zusammengeknien. Auf die Frage des Vorsitzenden nach der Dauer seiner beruflichen Verhinderung erwiderte Dr. Seipel, daß er fünf Wochen im Krankenhaus war, und fügte hinzu, daß diese lange Krankheitsdauer nicht auf die Verwundung allein zurückzuführen werden dürfe, sondern auf das Zusammenknien derselben mit seinem Leiden, der Diabetes.

Dr. Seipel erklärte weiter: Die Verwundung habe ihm keine besonderen Schmerzen verursacht. Die Frage des Verteidigers an den Bundeskanzler, wie er sich persönlich zur Tat des Attentats stelle, wird vom Vorsitzenden nicht zugelassen. Dr. Seipel bemerkt, er wäre schon bereit gewesen, diese Frage zu beantworten, wenn der Präsident es zugelassen hätte. Verteidiger: Sicher im Sinne einer Vernehmung. Zeuge: Gewiß. Nach Beendigung seiner Vernehmung entfernte sich Dr. Seipel aus dem Gerichtsgebäude, während seiner Aussagen hatte der Angeklagte ohne Unterbrechung geschweigt. Sodann erhaltete Verteidiger Dr. Haberda sein Gutachten. Hierauf begann die Vernehmung einer weiteren Reihe von Zeugen der Tat.

Nach Verlesung der Anklageschrift beantragt der Verteidiger Verweisung des Prozesses an ein Schwurgericht, da es sich um ein politisches Verbrechen handle. Es sei kein Zweifel, daß hier ein politisches Verbrechen vorliege, denn es heiße in der Anklageschrift ausdrücklich, der Angeklagte sei Sozialdemokrat. Das Gericht beschloß die Ablehnung des Antrages des Verteidigers, weil das Verbrechen des versuchten Mordes gemäß den gesetzlichen Bestimmungen unbedingt vor das Schöffengericht gehöre, da nur eine Strafe von höchstens 10 Jahren auf dieses Verbrechen gesetzt ist.

Hierauf begann das Verhör des Angeklagten. Auf die Frage, ob er sich schuldig bekenne, antwortet der Angeklagte: Ja, aber ich hatte nicht die Absicht, den Bundeskanzler zu töten. Die Frage, ob er sich politisch betätigt habe, verneint der Angeklagte und sagt dann weiter, daß er in Versammlungen, wo viel über den Bundeskanzler geschimpft worden sei, eine Abneigung gegen Dr. Seipel gefühlt habe.

Nachdem Staatsanwalt Dr. Immenhofer und der Verteidiger Hochfinger ihre Plaidoyers gehalten hatten, verkündete das Gericht das Urteil. Der Angeklagte Jawurek wurde zu drei Jahren und sechs Monaten schweren Kerker verurteilt. Die Untersuchungsakten seit dem 1. Juni wurde in die Strafe eingerechnet. Als milderndes das Geständnis des Angeklagten sowie seine geistige Minderwertigkeit und seine Ermittlung für Beeinflussung anerkannt. Der Angeklagte erbat Bedenkzeit.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 2. Dezember. In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes behauptet man, daß im Laufe der nächsten Tage die letzten Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich des Abschlusses eines deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages beseitigt werden können. Am Dienstag und am Mittwoch finden die entscheidenden Besprechungen im Pariser Handelsministerium statt. Wenn es gelingt, in den so politischen Fragen zu einer Verständigung zu gelangen, so dürfte die Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrages noch im Laufe dieser, spätestens am Anfang der nächsten Woche erfolgen.